

Landkreis Ravensburg

den 04. Jul. 2023

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses

am 27.09.2022 im Verwaltungsgebäude Sauterleutestraße 34, Weingarten, Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

CDU

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Herr Bernd Grabherr

Herr Thomas Kellenberger

Herr Roland Sauter

in Vertretung für KR Steiner

Frau Sonja Wild

FWV

Herr Markus Ewald

Frau Sandra Flucht

Herr André Radke

Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Herr Peter Gitzen

in Vertretung für KR Güldenberg

Frau Carmen Kremer

Frau Elke Müller

Frau Dorothee Natalis

ÖDP

Herr Max Scharpf

in Vertretung für KR Dieing

SPD

Herr Peter Clément

Frau Gisela Müller

Die Linke

Herr Korbinian Sekul

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Recht, Migration und Verbraucherschutz

Herr Reinhard Friedel

Dezernent Arbeit und Soziales

Herr Hans-Peter Oßwald

Amtsleiter Migrationsamt

Frau Andrea Müller

Leitung Stabstelle Sozialplanung

Frau Elisa Potenza

Stabstelle Sozialplanung

Gäste

Frau Sigrid Blenke

Polizeipräsidium Ravensburg

Frau Petra Honikel

Caritas Bodensee-Oberschwaben

Herr Christian Sauter

Caritas Bodensee-Oberschwaben

Abwesend:

CDU

Herr Peter Müller

Herr Daniel Steiner

wird von KR Sauter vertreten

FWV

Herr Peter Smigoc

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenber

wird von KR Gitzen vertreten

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

wird von KR Scharpf vertreten

FDP

Herr Benno Forderer

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0136/2022
Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit - Verlängerung;
Gäste: Frau Blenke, Polizeipräsidium, Referat Prävention, Herr Sauter, Caritas Suchthilfen
4. 0095/2022
Fortschreibung der Teilhabeplanung für den Landkreis Ravensburg:
Themen und Angebot des KVJS

Mitteilungsvorlagen

5. 0134/2022
Projekt "Solidarische Gemeinden" - Bericht zum Umsetzungsstand; Gäste: Frau Honikel und Herr Kohler, Caritas Bodensee-Oberschwaben
6. 0144/2022
Flüchtlingsunterbringung: Sachstandsbericht
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an

Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor

Beratungsergebnis: keine Änderung

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zu den Protokollen der Sitzungen vom 12.05.2022 vom 30.06.2022 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0136/2022

Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit - Verlängerung;

Gäste: Frau Blenke, Polizeipräsidium, Referat Prävention, Herr Sauter, Caritas Suchthilfen

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und bittet die Anwesenden Fragen zum Projekt „HaLT“ zu stellen.

KRin Stierle möchte wissen, wie mit den Jugendlichen „Wiederholungstätern“ umgegangen werde, die mehrmals alkoholisiert aufgegriffen werden.

KR Kellenberger stellt fest, dass sich das Konsumverhalten von Jugendlichen bei Alkohol verändert habe. Im Jahr 2009 seien das Komasaufen und die Alcopops die Probleme gewesen. Heutzutage scheint es z.B. wegen Corona weniger Jugendliche zu geben, die übermäßig Alkohol trinken. Der Schein trüge, weil es mittlerweile wieder vermehrt private Scheunenfeste gebe. Darüber hinaus nehme das Thema Drogenkonsum insbesondere Cannabis mehr Raum ein. Deshalb interessiere ihn, wie mit diesem Thema aufgrund der politischen Diskussion im Projekt „HaLT“ umgegangen würde. Außerdem möchte er wissen für was das Geld vom Landkreis eingesetzt werde.

KRin G. Müller möchte wissen, ob während und nach der Coronazeit sich vermehrt Eltern und Jugendliche selbst bei der Caritas gemeldet haben.

Herr Sauter erläutert, dass wenn Jugendliche zum zweiten Mal im Projekt auftauchen sie von der gleichen Beratungsperson kontaktiert werden. Die Begleitung und Beratung gehen dann weiter und es werden individuelle Pläne erstellt. Außerdem wird dann oft schnell zur Suchtberatungsstelle weiterverwiesen, damit dort an der aktuellen, individuellen Suchthematik gearbeitet werden kann. Der Alkoholkonsum gehe aktuell zurück. Aber Rauschtrinken und Tabakkonsum nehme wieder zu. Darüber hinaus habe die Anzahl der Eltern deutlich zugenommen, die direkt auf die Beratungsstelle zukommen und eine Elternberatung wollen, weil das Trinken ihrer Kinder im Privaten stattfinde.

Frau Potenza bestätigt, dass der Trend bei Alkoholkonsum nach unten gehe. Im Projekt „HaLT“ stehe aber immer noch Alkohol im Mittelpunkt. Cannabis werde nur miteinbezogen, wenn ein Mischkonsum vorliege. Der Einbezug von Cannabis als eigenständiges Suchtmittel im Projekt „HaLT“ sei noch nicht geplant. Außerdem würden die Kreismittel für das Projekt nur für die Module verwendet.

KR Sekul merkt an, dass es für Menschen, die problematischen Cannabis-Konsum haben, wenig Anlaufstellen gebe und möchte wissen, ob das Thema Cannabis in das Projekt aufgenommen werden könne.

KRin Eger weist daraufhin, dass die Probleme bzgl. Alkoholkonsum am Veitsburghang in Ravensburg nicht ganz einfach zu lösen seien, weil Jugendliche sich nicht gängeln lassen. Sie möchte wissen, wie man damit umgehen könne.

KR Clement stellt fest, dass Jugendliche Treffpunkte und Angebote vermissen, aber dass das Projekt „HaLT“ gewirkt habe und ein Rückgang des Alkoholkonsums durch Corona festgestellt werden könne. Deshalb soll das Projekt als Beratung und Unterstützung für Jugendliche fortgesetzt werden. Das Thema Cannabis soll aber getrennt angeschaut werden.

KR Scharpf möchte wissen, ob die Schulung der Polizei dazu diene, wie sie mit Jugendlichen umgehen.

Frau Potenza antwortet, dass die Schulung dazu diene, damit die Polizisten Bescheid wissen und die Jugendlichen und deren Eltern auf das Projekt hinweisen können.

Frau Blenke weist daraufhin, dass die Polizei bei Ruhestörungen und Gefahr gerufen werden müsse. Der Umgang mit Jugendlichen im öffentlichen Raum spiele hier eine wichtige Rolle. Die Polizei begegne den Jugendlichen auf Augenhöhe. Fürsorge stehe dabei im Vordergrund und nicht die Sanktionierung. Die Polizisten seien im Umgang mit betrunkenen Jugendlichen sprachlich geschult. Wenn aber Gefahr drohe, müsse die Polizei einschreiten.

Herr Sauter führt weiter aus, dass die Umsetzung der Entkriminalisierung von Cannabis politisch noch nicht konkret sei. Trotzdem wird das neue Projekt „Quo Vadis“ zum Thema Prävention bzgl. Cannabiskonsum an Schulen durchgeführt. Darüber hinaus werden schon Überlegungen gemacht, wie man an Cannabiskonsumenten besser rankommt. Ein ständiger Austausch zwischen den betroffenen Institutionen bzgl. Zugangskontext und bessere, frühere Erreichbarkeit der Konsumenten bestehe.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt vor, dass die Zusammenarbeit mit allen Schulen und der Schulsozialarbeit intensiviert werden sollte. Im Rahmen eines Wettbewerbs zum Thema „wie man anders Spaß haben kann“ könnte das Thema Cannabis präventiv angegangen werden.

KR Engler merkt an, dass durch das Projekt schon viel erreicht wurde. Deshalb sollte man aufgrund des Rückgangs der Zahlen nicht weniger Geld für das Projekt in die Hand nehmen. Frühwarnsysteme seien wichtig. Hierfür müsse das Thema bei der Polizei wieder verinnerlicht werden. Die Polizeikontrolldichte und die Drohung mit der Führerscheinstelle seien hierfür wichtige

und wirksame Instrumente. Da das Projekt zukünftig gebraucht werde, müsse rechtzeitig geklärt werden, wie es weitergeht, wenn es keine Ko-Finanzierung vom Bund mehr gibt.

Herr Sauter bekräftigt, dass die Zusammenarbeit mit Schulen genauer angeschaut werden wird und das Standards bzgl. neuen Schulangeboten bereits diskutiert werden.

Frau Blenke betonte nochmals, dass die Polizei kein Suchtberater sei und nur im Gespräch auf das Projekt „HaLT“ hinweisen könne.

Frau Potenza versprach, dass die weitere Vorgehensweise im Projekt überdacht werden würde. Außerdem gebe es noch keine Tendenz, wie es weitergeht, weil für die Finanzierung durch den Bund eine Entscheidung des Bundestages notwendig sei.

Beschlussentwurf:

Der Weiterförderung des Projektes „HaLT- Hart am Limit“ um ein weiteres Jahr, bis zum 31.12.2023, wird zugestimmt. Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushaltsplan 2023.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. 0095/2022

Fortschreibung der Teilhabeplanung für den Landkreis Ravensburg: Themen und Angebot des KVJS

KR Kellenberger bittet darum, die Mitglieder des Sozialausschusses früher zu informieren und sie an der Fortschreibung zu beteiligen.

Herr Friedel erwidert, dass baldmöglichst ein Zwischenbericht in den Sozialausschuss eingebracht werde. Hierbei können sich die Mitglieder aktiv an der Fortschreibung beteiligen.

Beschlussentwurf:

1. Den Schwerpunktthemen zur Fortschreibung der Teilhabeplanung wird zugestimmt.
2. Der KVJS wird mit der Prozessbegleitung ab dem 01.11.2022 beauftragt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

5. 0134/2022

Projekt "Solidarische Gemeinden" - Bericht zum Umsetzungsstand;

Gäste: Frau Honikel und Herr Kohler, Caritas Bodensee-Oberschwaben

Frau Honikel und KR Kellenberger stellen das Projekt „Solidarische Gemeinde“ vor.

KR Kellenberger weist besonders auf den demographischen Wandel in Aitrach hin. Das Projekt sei spannend, weil es viele Aufgaben aufgreift, die die Kommunen aktuell erfüllen müssten und andere, neue Leute motiviert werden, sich zu beteiligen. Bereits entwickelte Module, die von den Kommunen angepasst werden könnten, führten dazu, dass nicht überall von neu begonnen werden müsse. Großes Thema sei die Einsamkeit im Alter, weil Hilfen im Alter weggebrochen seien. Die Strukturvorgaben und die Unterstützung durch die Caritas sei wichtig und gut. Bei Klärung von Verwaltungsfragen seien die Kommunen wichtig.

KRin G. Müller merkt an, dass viele SeniorInnen alleine leben und Vereinsamung oft das Problem sei. Die Nachbarschaft wisse nichts mehr voneinander. Es gebe Beispiele von älteren Menschen mit psychischen Problemen und Hilfsbedürftigkeit. Besonders problematisch seien Menschen, die keine Hilfe annehmen, diese aber benötigen. Außerdem seien Wohnraumlösungen dringend notwendig, weil ältere Menschen gerne in kleinere Wohnungen umziehen würden.

KRin Fiegel-Hertrampf verweist auf das Spannungsfeld zwischen alten Menschen und allen Bürgern. Menschen müssten sich mit dem Renteneintritt in der Zukunft Gedanken machen, wie sie sich an der Gesellschaft z.B. an Schulen beteiligen können. Gute Projekte müssten bekannt gemacht werden. Es gebe viele Möglichkeiten. Es benötige hierfür eine Stelle in der Gemeinde, wo man sich andocken könne.

KR Engler weist darauf hin, dass die Situation durch Zuzug in den Gemeinden anders sei. Sie seien wegen der Berufspendler tagsüber leer. Hier wäre Quartiersbelebung notwendig. Er spreche sich dafür aus, dass dieses Thema stärker in den Blick genommen werden müsse. Außerdem sei das Thema Vereinsamung stark im Kommen. Die Menschen rutschten deshalb stark nach unten ab. Aus diesem Grund müssten diese Themen gedanklich angegangen werden.

KRin Stierle ist davon überzeugt, dass der demographische Wandel Ehrenamtliche benötige, die in die Lösung der Probleme einbezogen werden müssten. Das Vorgehen im Projekt sei deshalb gut, weil man damit startet. Aber die Pflegedienste könnten ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. Die Hütte brenne jetzt schon. Deshalb würde sie interessieren, warum im Rahmen des Projekts Menschen, die bereits Unterstützung benötigen, nicht befragt würden. Außerdem wünsche sie sich, dass die Struktur des Projekts nochmals bezüglich dieser Personengruppe überdacht werde und welche Entlastung für Pflegekräfte denkbar seien.

KR Clement erwidert, dass die Darstellung der Realität entspreche. Die Lösung des Problems sei aber Aufgabe der Pflegeversicherung. Das Thema Entlastung könnte vom Projekt „Solidarische Gemeinde“ aufgegriffen werden. Außerdem sollten im Rahmen des Projekts Perspektiven für Wohnen bis 90 in den eigenen Wänden geschaffen werden. Barrierefreiheit müsse dabei gewährleistet sein. Es gebe gute Beispiele, wie das gelingen könne. Die Realisierung im Bereich Altenwohnen sei ein guter Anlass, aber die Probleme von heute müssten von anderen Stellen gelöst werden.

KRin E. Müller stellt fest, dass in Aulendorf keine Pflegeplätze vorhanden seien und dass die Pflegekräfte Entlastung benötigen. Die Familien werden dies nicht auffangen können. Hier werden dringend Lösungen benötigt.

Der Vorsitzende erwidert, dass Aulendorf wohl zu groß für den Ansatz sei. Es benötigt hier andere Vorgehensweisen. Im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ gebe es hierfür entsprechende Ideen.

Frau Honikel fasst zusammen, dass das Wohnen ein wichtiges Thema im Projekt sei. Es entstehen Wohnungstausch- und Wohnungsbörsen. Außerdem sei alles Rechtliche bzgl. des Verhinderungspflegekonzept in Reute-Gaisbeuren geklärt und es werde jetzt nach Menschen gesucht, die bereit dazu seien pflegebedürftige Menschen für kurze Zeit bei sich aufzunehmen. Im Rahmen des Projektes sei darüber hinaus die Quartiersberatung ein wichtiger Aspekt und die aufwendigen Befragungen werden abgekürzt, damit schneller in eine Ideenentwicklungsphase übergegangen werden könne. Die Kommunen können sich an die Fachstelle bei der Caritas wenden, wenn sie beim Projekt mitmachen wollen.

Herr Friedel ergänzt, dass es sich bei dem Projekt um einen wichtigen Baustein im seniorenpolitischen Konzept des Landkreises handele. Die Prävention sei wichtig, damit Menschen solange wie möglich in ihren eigenen 4 Wänden leben können. Das Projekt gebe im Landkreis Struktur bzgl. der Quartiersentwicklung und es könnten damit gewisse Probleme abgedeckt werden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. 0144/2022

Flüchtlingsunterbringung: Sachstandsbericht

Frau Raedler führt ins Thema ein und stellt die aktuelle Situation bzgl. der Flüchtlingsunterbringung im Landkreis dar.

Der Vorsitzende lobt den Solidarpakt mit den Kommunen. Er sehe aber Schwierigkeiten aufgrund der Gesamtzahl der ankommenden Flüchtlinge für die vorläufige Unterbringung, weil der Landkreis alle Unterkünfte an die Kommunen abgegeben habe. Man müsse selber neue Unterkünfte aufbauen und könne deshalb keine an die Kommunen abgeben.

KRin G. Müller bemerkt, dass es sich bei den Flüchtlingen um eine inhomogene Gruppe aus Ukraine-Flüchtlingen und jungen Männern aus dem Balkan und Afrika handele. Sie fragt sich, ob aufgrund z.B. der Sprachkenntnisse eine Trennung der Flüchtlinge nicht sinnvoll wäre.

KR Radke sieht aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge eine andere Wellenbewegung beim Ankommen der Flüchtlinge als 2015. Die Ukraine-Flüchtlinge möchten wieder in ihr Heimatland zurückkehren und hätten vielleicht größere Chancen, schneller Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Darüber hinaus werden aktuell trotzdem Schulsporthallen belegt, obwohl die SchülerInnen große Defizite aufgrund der Corona-Zeit hätten und die Hallen für den Sportunterricht dringend benötigt werden würden.

KRin Fiegel-Hertrampf bekräftigt, dass die Schulen zu genüge belastet seien und diese sich über Outdoor-Bewegungen Gedanken machen müssten. Außerdem zeige die Erfahrung deutlich, dass durch die Freizügigkeit der Flüchtlinge große Schwierigkeiten bei der Planung entstünden. Darüber hinaus erlebe sie bei der Bevölkerung mehr Bereitschaft Ukrainer zu unterstützen.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Belegung der Hallen sehr bitter sei. Die Diskussion über Auswirkungen von Corona für Kinder und Jugendliche im Jugendhilfeausschuss habe dies auch aufgezeigt. Eine Lösung sei deshalb die Quadratur des Kreises. Es wird deshalb versucht, die Hallen rollierend im 6-wöchigen Wechsel zu belegen.

KR Engler fordert, dass trotz des rollierenden Systems für Kinder und Jugendliche ein Ersatz für Sportangebote geschaffen werden müsse. Er schlage deshalb vor, Zelte für Outdoor-Sport zur Verfügung zu stellen und die Oberschwabenhalle als Sporthalle zu nutzen.

KR Forderer bittet darum zuerst Veranstaltungshallen als Unterkunft zu nutzen, anstatt Sporthallen zu belegen.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass der Solidaripakt mit den Kommunen bisher vorsehe, dass keine Menschen in Zelten untergebracht werden. Die Unterbringung von Menschen in Zelten sei das Mittel der letzten Wahl. Hierfür wäre aber eine politische Entscheidung notwendig. Deshalb werde bei Unterbringungen in Hallen immer eine Abwägung zwischen den Interessen der Kommunen und sachlicher Gründe vorgenommen.

Herr Oßwald stellt fest, dass eine strikte Trennung bei der Unterbringung zwischen den Ukraine-Flüchtlingen und anderen Flüchtlingen umgesetzt werde. Außerdem seien die Rückreiseabsichten am Anfang bei den Ukrainern vorhanden gewesen. Mittlerweile zeige die Erfahrung der letzten paar Wochen, dass ein Wandel eingetreten sei. Die Menschen äußern dies nicht mehr konkret. Darüber hinaus ergebe sich durch die Möglichkeit der Freizügigkeit für die Flüchtlinge, dass Familien und Personen einfach weg und verschwunden seien. Dies eröffne aber auch Chancen zur Nachbelegung. Bzgl. der Hallenbelegung entscheiden die Kommunen, welche sie zur Verfügung stellen. Die Geeignetheit überprüfe dann IKP. Die Essensversorgung in den vorläufigen Unterkünften werde durch Hilfsorganisationen gewährleistet.

Frau Raedler ergänzt, dass die Essenslieferung vom ZfP organisiert werde. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass alle geflüchteten Kinder schulpflichtig seien und deshalb unterrichtet werden müssten. Da nicht genügend Schulplätze vorhanden seien, werde die Beschulung durch ukrainische Lehrer toleriert. Außerdem lege man sehr viel Wert auf eine bessere Ausbildung der Geflüchteten. Da aber die Erfassung der Fluchtwege und auch die der Vorbildung und Abschlüsse lückenhaft sei, habe man zu wenig Infos und es sei eine Frage der Zeit bis die Geflüchteten eine Beschäftigung aufnehmen könnten. Das Problem des Fachkräftemangels würde aber durch die Flüchtlinge nicht gelöst.

Herr Friedel fügt hinzu, dass durch den schnellen Wechsel der Ukraine-Flüchtlinge ins SGB II das Jobcenter das Ziel habe und alles dafür tue, die Menschen schnell in die Erwerbstätigkeit zu bringen. Außerdem seien Sprachkurse mit Kinderbetreuung eine Herausforderung, die aber im Blick sei.

KR Sauter wundert sich, dass der Landkreis mehr Flüchtlinge aufnehmen müsse als andere. Die Quotenerfüllung schein nicht erreicht zu sein. Er bitte deshalb, darum zu klären, ob die Zahlen stimmen. Irgendwie passe alles nicht zusammen.

KRin Kremer stellt fest, dass lange viele Ukraine-Flüchtlinge in Privatunterkünften untergebracht worden seien. Aktuell wollen die Menschen, die Flüchtlinge aufgenommen haben, diese wieder abgeben. Dies führe dazu, dass Unterbringungsplätze und dass Menschen, die Aufgaben der Flüchtlingssozialarbeit übernommen haben, fehlen.

Herr Oßwald stimmt zu, dass private Wohnverhältnisse für Flüchtlinge aufgekündigt werden, die aufgrund der Situation nicht mehr in der vorläufigen Unterbringung aufgenommen werden

könnten. Bzgl. der Flüchtlingszahlen weist er daraufhin, dass Baden-Württemberg aktuell den Königsteiner-Schlüssel noch nicht erfülle und deshalb die Flüchtlinge an die Landkreise weiterverteilt werden. Seit drei Wochen wurde der Verteilmodus im Land verändert. Alle Landkreise müssten wieder aufnehmen. Am Anfang sei die Zuweisung in den Landkreis zu gering gewesen. Aktuell habe der Landkreis noch 2,58 % nicht erfüllt.

Frau Raedler ergänzt, dass die Zahlen ein Problem darstellen würden und dass man mit dem Regierungspräsidium die Klärung bereits angegangen habe.

KR Clement fragt sich, warum die Bereitschaft zur Unterbringung von Flüchtlingen sinke und was man tun könne, damit Wohnungen wieder bereitgestellt werden.

KR Sauter sieht in der zunehmenden Belastung bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen einen Grund für die sinkende Bereitschaft, die das Zusammenleben auf Dauer immer schwieriger mache, Es handele sich also nicht um ein finanzielles Problem, sondern um ein zwischenmenschliches.

KR Kellenberger ergänzt, dass das Projekt „Herein“ der Caritas, das Problem von 150 Flüchtlingen pro Woche nicht lösen könne. Einzelne könnten vielleicht untergebracht werden aber nicht die Masse.

KR Engler bemerkt, dass der Wohnungsmangel schon vorher bekannt gewesen sei.

KR Forderer ergänzt, dass die Ferienwohnungen den Bedarf auch nicht decken könnten.

Der Vorsitzende merkt zum Schluss an, dass es kein Mangel an Bemühen vom Landkreis und den Kommunen gebe, die aktuellen Herausforderungen diesbezüglich anzupacken.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Konzept gegen häusliche und sexualisierte Gewalt

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.
den.

Das Konzept wird im Frühjahr 2023 in den Sozialausschuss eingebracht.

Veranstaltungshinweise

- Veranstaltungsreihe Pflege im Fokus vom 10. -16.10.2022
- Woche des Sehens vom 08. -15.10.2022
- Demenz-Freizeit im Landkreis Ravensburg vom 24.10. – 02.11.2022

Personelle Veränderungen in der Stabstelle Sozialplanung

- Die Kontaktstelle für Selbsthilfe wird neu besetzt, weil Frau Grauberger zum 30.09.2022 das Landratsamt verlässt.
- Die Altenhilfeberatung muss neu besetzt werden, weil Frau Seubert das Landratsamt verlässt. Frau Pohnert übernimmt diese Aufgabe ab dem 01.10.2022 und wird mit 30% Stellenumfang die Geschäftsführung der kommunalen Pflegekonferenz bis zum 31.12.2022 weiterführen.

Rehabilitation im Bereich Geriatrie

KR Engler teilt mit, dass der Bereich Reha Geriatrie am 31.12.2022 im Heilig-Geist-Spital geschlossen werde. Da der OSK-Verbund dieses Angebot weiterhin benötige, möchte er wissen, wie die der aktuelle Stand bzgl. der Weiterführung dieses Angebots sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Umzug der Geriatrie ins Elisabethen-Krankenhaus beschlossen sei. Es gebe diesbezüglich ein fertiges Feinkonzept, dass im Aufsichtsrat zur Beratung anstehe.

Sozialausschuss am 27.09.2022:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0145/2022

Verzicht auf die Rückforderung einer Zuwendung an die Vinzenz von Paul gGmbH

Beschlussentwurf:

1. Der Landkreis Ravensburg verzichtet auf die Rückforderung einer Zuwendung in Höhe von 57.980,50 € zur Umstrukturierung und Sanierung des Seniorenzentrums St. Vinzenz in Wangen i. A. an die Vinzenz von Paul gGmbH
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Löschungsbewilligung über die Grundschuld ohne Brief in Höhe von 630.000,- DM (322.113,89 €) für den Landkreis Ravensburg auszustellen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführer

Gerald Pohnert

Kreisräte

KRin Dorothee Natalis

KR Josef Forderer